

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Katharina Schulze

Abg. Manfred Ländner

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Dr. Hans Reichhart

Staatsminister Joachim Herrmann

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion**

**"Der Sicherheit verpflichtet - für eine erfolgreiche Sicherheitspolitik"**

Sie kennen die Regeln der Aktuellen Stunde. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Florian Herrmann von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bayern ist das sicherste Land in der Welt!)

**Dr. Florian Herrmann (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern lebt man sicherer, Herr Pfaffmann, sicherer als in anderen Ländern, sicherer als in anderen deutschen Bundesländern und sicherer als in anderen Ländern in Europa. München ist die sicherste Großstadt. Dass Sie schon gleich am Anfang so zweifelnd dazwischenrufen, zeigt, wie richtig es ist, die Aktuelle Stunde genau diesem Thema zu widmen;

(Beifall bei der CSU)

denn es ist erfreulicherweise keine Neuigkeit, dass es sicherer ist, in Bayern zu leben. Man muss aber auch über Bekanntes immer wieder sprechen, damit es nicht aus dem Gedächtnis gerät. Vor allem bei der inneren Sicherheit gilt nämlich: Von nichts kommt nichts. Es ist notwendig, immer wieder nachzusteuern und sich den aktuellen Herausforderungen intelligent und vernünftig anzupassen.

Während andere reden, handelt Bayern. Wir investieren seit Jahren kräftig in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir investieren in Personal. Der Personalstand bei der bayerischen Polizei und bei den bayerischen Sicherheitsbehörden ist in der Tat so hoch wie nie zuvor. Bayern hat mit fast 42.000 Polizistinnen und Polizisten den höchsten Personalstand aller Zeiten. In den letzten sechs Jahren haben über 7.700 Nachwuchsbeamte ihren Dienst angetreten. Bis 2020 stellen wir jedes Jahr zusätzlich 500 Polizistinnen und Polizisten ein. Bayern hat somit eine deutlich höhere

Polizeidichte als NRW, von den anderen rot-grün regierten Ländern ganz zu schweigen.

Es ist auch notwendig, dass wir diese hohe Polizeidichte haben; denn Bayern selbst wächst – über zwei Millionen Menschen mehr in den letzten 20 Jahren –, und natürlich wachsen auch die Aufgaben, die die Polizei und die Sicherheitsbehörden zu bewältigen haben. Eine logische Konsequenz ist, auch das Personal entsprechend anzupassen.

Wir alle wissen von der hohen Arbeitsbelastung der bayerischen Polizistinnen und Polizisten. Wir wissen aber auch, dass sie ihre Arbeit ganz hervorragend meistern, mit einem hohen Ethos und vor allem mit einem Engagement und auch mit einer großen Überzeugung und Begeisterung für ihre Arbeit. Deshalb sollen wir auch als Bayerischer Landtag für dieses große Engagement der Polizistinnen und Polizisten in Bayern Danke sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Neben den Personalfragen, der Frage, wie viele Beamte im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind, ist es aber auch wichtig – dadurch zeichnen wir uns in Bayern eben auch aus und unterscheiden uns von anderen Bundesländern –, dass wir einen klaren sicherheitspolitischen Kurs haben. Für uns ist die Richtschnur bei der inneren Sicherheit: Es ist die oberste Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Es genügt nämlich nicht, wenn man eine Vielzahl von Planstellen und eine Vielzahl von Köpfen hat, die im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind, wenn diesen zum einen das rechtliche Instrumentarium fehlt und zum anderen der politische Rückhalt fehlt. Genau auf diesen beiden Gebieten sind wir in Bayern den anderen Bundesländern um Lichtjahre voraus.

Ein Polizist in Bayern kann sich darauf verlassen: Sein Innenminister steht hinter ihm, wenn er schwierige Lagen zu bewältigen hat. Ein Polizist in NRW kann sich darauf

verlassen, dass jedenfalls sein bisheriger rot-grüner Innenminister mit dem Finger auf ihn zeigt, wenn etwas passiert.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): SPD-Minister! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Aber ihr habt eine grüne Bildungsministerin gehabt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Sie sollten den Streit zwischen SPD und GRÜNEN darüber, wer der Schlimmere ist, beenden.

**Dr. Florian Herrmann (CSU):** Sie können sich ruhig streiten, wer wirklich daran schuld ist. Fakt ist aber: Rot-Grün in NRW ist abgewählt.

Das ist eben auch der Grund dafür, warum wir in Bayern besser aufgestellt sind und warum das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, in Bayern so niedrig wie nirgendwo sonst ist. Das belegen auch die PKS-Zahlen, die Polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 2016.

In Bayern hatten wir 4.785 Straftaten pro 100.000 Einwohner zu verzeichnen; in NRW waren es 8.097 und in Berlin gar 15.700, also dreimal so viel wie in Bayern. Schon an diesen Zahlen merkt man, dass wir uns um Welten unterscheiden, dass zwischen den objektiven Zahlen hinsichtlich der Situation in Bayern und in anderen Bundesländern Welten liegen – ganz zu schweigen von NRW oder Berlin. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist in Berlin um 160 % höher als in Bayern.

Für Bayern gilt: Seit Jahren konstant niedrige Fallzahlen, niedrigste Fallzahlen im bundesdeutschen Vergleich und höchste Aufklärungsquote. Es bleibt also dabei: Bayern ist kein guter Ort für Straftäter, aber ein hervorragender Ort für rechtstreue Bürger, weil diese sich zu Recht sicher fühlen können.

(Florian von Brunn (SPD): Interessiert sich die CSU nicht mehr für Sicherheit?)

– Doch. Ich vermute aber, dass Sie beim Thema innere Sicherheit mehr lernen können. Darum ist es gut, dass Sie hier sind.

(Beifall bei der CSU)

Die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden ändern sich ständig. Politik beginnt gerade im Bereich der inneren Sicherheit mit der Wahrnehmung und Analyse der Lebensrealität, also der Fakten, mit denen wir konfrontiert werden. Wir wünschen uns diese nicht. Uns wäre es auch lieber, wenn wir auf dem Gebiet der Polizei nicht ständig anpassen, ständig an Personal nachsteuern und ständig an der Ausstattung nachbessern müssten. Es wäre auch uns lieber, wenn Ruhe an der Front wäre. Aber die Realität ist eben anders. Wir stehen vor Herausforderungen, die wir alle kennen, nämlich zum Beispiel dem islamistischen Terror, nämlich zum Beispiel Cybercrime und Wohnungseinbruchdiebstahl, neben den üblichen Herausforderungen wie gewöhnliche Kriminalität oder Verkehrsdelikte. Weil sich Straftaten ändern und weil sich Straftäter ändern, ändern sich auch die Kriminalitätsphänomene und die Begehensweisen. An dieser Stelle sind wir sicherheitspolitisch gefordert, die richtigen, intelligenten und modernen Antworten darauf zu finden.

Dazu braucht man die richtige sicherheitspolitische Grundeinstellung. Der zentrale Grund dafür, warum Landesregierungen abgewählt werden – man kann da die Probe aufs Exempel machen, und NRW ist das beste Beispiel –, besteht darin, dass man die falsche Grundeinstellung bei den sicherheitspolitischen Herausforderungen hat. Das liegt in erster Linie daran, dass man die Realität nicht erkennen will, sondern sich ideologisch im Weg steht. Das beste Beispiel dafür ist das völlig verfehlte Einsatzkonzept in der Silvesternacht 2015 in Köln. Keiner wünscht sich das Phänomen der nordafrikanischen Straftäter, aber es ist Realität. Das hat man in Köln seit 2012 erkannt. Es gibt dort eine Arbeitsgruppe, die sich seit Jahren mit dem Thema beschäftigt. Wenn man aber trotzdem die Augen davor verschließt nach dem Motto "Es kann nicht sein, was nicht sein darf", dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn eine falsche Einsatztaktik angewandt wird, wenn das Personal falsch eingesetzt wird und wenn dann die

Ereignisse so eintreten, wie es in Köln geschehen ist. Szenen wie in der Kölner Silvesternacht oder No-go-Areas sind hausgemachte Probleme einer verfehlten Politik bei der inneren Sicherheit.

Leider stellt sich auf Bundesebene auch der SPD-Justizminister bei der Umsetzung wichtiger Sicherheitsgesetze quer. Die SPD steht dort leider für Gesetzesattrappen, gewissermaßen Gesetzes-Fata-Morganen, und blockiert, ob das die Mindeststrafe von einem Jahr bei Wohnungseinbrüchen betrifft, wo Gott sei Dank jetzt nach vielen Monaten und starkem Druck vor allem aus Bayern Änderungen in der Haltung eingetreten sind, oder ob das die Ermittlungsinstrumente wie Telefonüberwachung, digitale Spurensicherung oder Videoüberwachung angeht. Ich will darauf hinweisen: NRW weigert sich bis heute, die erfolgreiche Schleierfahndung einzuführen, wie sie in Bayern seit Jahren praktiziert wird. Das ist ein Erfolgsmodell, das früher von der Europäischen Union kritisiert wurde, mittlerweile aber ein Musterbeispiel dafür ist, wie man, übrigens auch grenzübergreifend, vernünftige Sicherheitspolitik an den Grenzen durchführen kann. Deshalb muss man den Lackmустest machen, den Lackmустest der Realität.

Der Unterschied wird am deutlichsten, wenn man die Zahlen und die Ergebnisse der Sicherheitspolitik in Bayern und anderswo vergleicht. Besonders dramatisch finde ich es, wenn man sich zum Beispiel den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag vor Augen führt, der im Dezember letzten Jahres in Berlin angesichts derselben Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, geschlossen wurde. Dort hätte man eine moderne Antwort geben können, die den Herausforderungen gerecht wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die linken Koalitionäre in Berlin finden keine Antworten auf Terror, Einbruchdiebstahl, Cyberkriminalität, Gewaltdelikte, Rauschgiftkriminalität und die Auswirkungen der Migration auf die Sicherheit in unserem Land. Dort ist Fehlanzeige auf der ganzen Linie. Der Koalitionsvertrag in Berlin beschränkt sich in den sicherheitspolitischen Passagen völlig auf das Standardrepertoire der Linksfront, nämlich Antifaschismus und Bekämpfung von Rechtsextremismus unter Ausblendung anderer extremistischer Strömungen.

Dort herrschen Misstrauen gegen Sicherheitsbehörden statt Vertrauen und sozialpädagogische Streicheltherapie statt robuster Sicherheitsarchitektur.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen das in Bayern nicht. Das ist nicht unser Vorbild, ganz im Gegenteil. Andere sollten sich Bayern zum Vorbild nehmen; denn es gilt nach wie vor: In Bayern leben heißt sicherer leben.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Prof. Dr. Gantzer von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mit zwei Vorbemerkungen anfangen. Erstens. Was ist Sicherheit? – Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis eines jeden Menschen. Das ist immer schon so gewesen. Deswegen ist das eigentlich nichts Neues. Das einzig Neue in einem modernen Rechtsstaat besteht darin, dass ganz früher jeder selbst für seine Sicherheit verantwortlich war. Wir haben sozusagen als Geburtsstunde des Rechtsstaates das Gewaltmonopol des Staates eingeführt. Es hat lange gedauert, bis der Staat das wirklich übernommen hat.

Zweitens. Wenn wir Sicherheit diskutieren, dann müssen wir immer wieder die zweite Seite der Sicherheit sehen, die zweite Seite der Medaille. Wir haben auf der einen Seite die Sicherheit, aber auf der anderen Seite die Freiheit des Bürgers. Artikel 2 des Grundgesetzes legt ausdrücklich Wert darauf, dass sich der Bürger frei entwickeln darf und dass er in einem Rechtsstaat frei leben darf. Die andere Seite ist die Sicherheit. Otto Schily hat das mal sehr schön gesagt: Auch Sicherheit ist ein Grundrecht. – Diese beiden Grundrechte gilt es immer gegeneinander abzuwägen. Es gilt, den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu berücksichtigen. Das ist das Schwierige. Das ist auch

das Schwierige für die CSU. Deswegen haben wir manchmal unterschiedliche Meinungen.

Mit diesen zwei Vorbemerkungen stelle ich fest, wer letztlich tatsächlich für das Gewaltmonopol zuständig ist. Das ist unsere Polizei. Die Polizei gewährleistet die Sicherheit. Deswegen schließe ich mich dem Dank an, den Herr Herrmann gerade an die bayerische Polizei ausgesprochen hat. Sie leistet eine hervorragende Arbeit. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Die Aufklärungsquote ist hervorragend. Die Kriminalitätshäufigkeitszahl ist hervorragend. Wir machen also eine hervorragende Arbeit in Bayern.

(Allgemeiner Beifall)

Aber man kann nicht Berlin als Beispiel heranziehen, Herr Herrmann. Wenn Sie Berlin als Vergleich heranziehen, dann ist das völlig falsch. Man kann nicht Stadtstaaten mit Flächenstaaten vergleichen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nicht nur mit Berlin!)

Vergleichen Sie es lieber mit München. Das ist zwar die sicherste Großstadt, aber dort sind die Zahlen natürlich ganz anders als in Bayern insgesamt. Ich will damit nur sagen, dass man in seinen Vergleichen fair sein sollte.

Lieber Herr Herrmann, ich habe gesagt, das ist die Arbeit der Polizei. Sie sind darauf gar nicht eingegangen; denn das ist Ihr großes Minus. Ich sage kurz zusammengefasst: Wir haben zu viele Überstunden. Diese sind zwar jetzt von 2 Millionen auf 1,8 Millionen Überstunden abgebaut worden, aber das muss man sich mal vorstellen: Jeder Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin in Bayern hat 80 Überstunden.

(Zuruf von der CSU)

Das ist in anderen Ländern nicht der Fall. Bayern hat also zu wenig Polizisten. Sie loben immer, dass wir diesen hohen Personalstand haben. Wenn Sie die Polizeidichte



in Deutschland insgesamt ansehen, dann stehen wir in Bayern nicht an der Spitze. In Bayern ist die Polizeidichte irgendwo im Mittelfeld angesiedelt.

(Zuruf von der CSU)

Sie loben jetzt, was Sie aufbauen. Wer hat denn dafür gesorgt, dass wir einen so niedrigen Personalstand haben? – Das war der frühere Innenminister und spätere Ministerpräsident Stoiber, dem wir das zu verdanken hatten,

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

dass wir auf einmal so wenig Polizei hatten. Das ist doch ein Mangel gewesen, den Sie zu verantworten hatten.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie feiern, dass Sie immer wieder aufbauen, reparieren aber nur Fehler, die Ihr damaliger Innenminister und späterer Ministerpräsident Stoiber gemacht hat. Ich will das mal auf den Boden bringen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Weiterhin nenne ich die Haushaltsberatungen. Die Polizei ist zu schlecht bezahlt. Auch in Bayern ist sie zu schlecht bezahlt. Außer den Bundeswehrangehörigen ist der Polizeibeamte der Einzige, der in Ausübung seines Dienstes Leib und Leben einsetzen muss. Das gehört anständig bezahlt. Aber das tun Sie nicht. Sie weigern sich immer, unseren Anträgen nachzukommen. Da wäre Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztlich ist die Polizei auch zu wenig durch die Justiz geschützt. – Bedauerlicherweise ist der Justizminister heute nicht da. Ich habe es ihm aber auch schon einmal persönlich gesagt. Wenn ich sehe, dass bei Gewalttaten gegen Polizeibeamte 80 % der Verfahren eingestellt werden, dann frage ich mich:

Was macht eigentlich der Innenminister mit dem Justizminister? Herr Herrmann, ich würde ihm den Hals umdrehen.

(Widerspruch bei der CSU – Staatsminister Joachim Herrmann: Da machen Sie sich aber strafbar!)

– Gut, Entschuldigung. Das nehme ich gleich wieder zurück. Das könnte nämlich falsch ausgelegt werden. Ich würde ihn aber in den Schwitzkasten nehmen, wenn ich das so sagen darf.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nehmen Sie ihn in den Schwitzkasten. Aber das geht nicht. Was ist da los?

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu den Einzelfällen. Es gibt den Rechtsextremismus. Hier haben die Anschläge und Übergriffe in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Das muss man einfach feststellen. Hier müsste die Präventionsarbeit ausgeweitet werden. Da sehe ich noch nicht sehr viel. Es gibt die Radikalisierung. Der Sozialkundeunterricht an den Schulen wäre wichtig, um den Rechtsextremismus bereits im Vorfeld in den Griff zu bekommen. Hier passiert null. Dasselbe gilt für den Islamismus. Die Präventionsarbeit auch im Sozialkundeunterricht wäre wichtig, um die Radikalisierung zu verhindern. Für uns gilt genauso wie für Sie: Null Toleranz gegenüber Hasspredigern und Islamisten. Hier stehen wir auf derselben Seite wie Sie.

Cybercrime ist auch eine neue Herausforderung. Die Kriminalität im Internet steigt rasant an. Im Internet ist viel los. Dort wird vieles gehandelt. Es gibt den Menschenhandel, den Waffenhandel, den Drogenhandel, den Handel mit kinderpornografischem Material, den Kreditkartenbetrug und die Online-Erpressung mit Computerviren. Das haben wir auch gerade wieder erlebt. Hier gibt es für die bayerische Polizei noch großen Nachholbedarf. Es muss festgestellt werden, dass das Internet zwar ein freier, aber kein rechtsfreier Raum ist. Deswegen muss hier mehr getan werden.

Bei Ihnen ist das größte Manko der Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität. Bei Ihrem Umgang mit den Panama-Papieren, dem Gammelfleisch-Skandal, dem Bayern-Ei-Skandal, den Cum-Ex-Geschäften, der Steuerhinterziehung, der Steuerflucht von Starbucks, Apple und Google sehe ich Fehlanzeige. Was im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität passiert, ist eigentlich nichts.

Herr Herrmann, ich nehme jetzt ausdrücklich Bezug auf das, was Sie am Anfang gesagt und zum Schluss noch einmal betont haben. Ich beziehe mich auf Ihren Lackmustest. Ich bin von Ihren Vorwürfen persönlich betroffen. Auch meine Fraktion ist geradezu sensibilisiert durch Ihre Vorwürfe. Ihr Vergleich mit anderen Ländern hinkt. Ihr Vorwurf, dass wir von der SPD bei der inneren Sicherheit sozusagen vaterlandslose Gesellen seien, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre so, als würde ich Ihnen vorwerfen, Anhänger eines Polizeistaates zu sein. Das werfe ich Ihnen ganz ausdrücklich nicht vor!

Ich möchte noch einmal auf meine vorherigen Bemerkungen zu Freiheit, Sicherheit und zum Verhältnismäßigkeitsprinzip eingehen. Bitte haben Sie immer im Hinterkopf: Wir sind nicht nur die älteste demokratische Partei Deutschlands, wir haben auch in der Vergangenheit schon eine Menge erlebt. Gerade im Dritten Reich haben wir erlebt, was es heißt, eine Geheimpolizei zu haben, ohne Gesetze verfolgt, gefoltert und eingesperrt zu werden. Damals haben wir harte Erfahrungen gesammelt, was ein Staat mit den Bürgern machen kann. Wir sind in diesem Bereich sensibler als Sie. Das sollten Sie eigentlich wissen. Wir sind zu Recht sensibler. Wir verteidigen zu Recht den Rechtsstaat stärker. Wir legen deswegen mehr Wert darauf, dass die Freiheit des Bürgers respektiert und geschützt wird. Wir wissen, dass dies ein schwieriges Unterfangen ist. Die Waage zwischen Sicherheit und Freiheit muss ausgeglichen sein. Ich empfinde den Vorwurf, dass wir von der SPD bei der inneren Sicherheit unsichere Gesellen seien, wirklich als starkes Stück und sogar als Beleidigung. Das nehme ich nicht

hin! Wenn es weiterhin Ihr Ziel sein sollte – das ist typisch für Ihre Argumentation –, uns in die unsichere Ecke zu drängen, dann mache ich da nicht mehr mit, Herr Herrmann. Ich bitte Sie, zukünftig die Diskussion fair zu führen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass der beste Innenminister Deutschlands Otto Schily gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Nach einem solchen Innenminister können Sie lange suchen. Sie hatten einen Innenminister, der einen Meineid geschworen hat. Sie hatten einen Innenminister, der Personal abgebaut hat.

(Widerspruch bei der CSU)

Wenn man sieht, was wir im Gegensatz zu Ihnen für die innere Sicherheit getan haben, darf man Ihre Vorwürfe überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Diese sind nämlich ungerechtfertigt. In diesem Sinne bitte ich Sie, uns zuzugestehen, dass wir uneingeschränkte Verfechter der inneren Sicherheit sind.

Wir wissen, wie wichtig die Sicherheit für die Bürger ist. Bitte bedenken Sie aber auch, dass wir Ihr schlechtes Gewissen sein müssen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheit ist zwar kein Grundrecht unseres Grundgesetzes, auch wenn Otto Schily das sicher gern gesehen hätte, aber die Sicherheit ist sicherlich ein Grundbedürfnis der Menschen in unserem Land. Die Sicherheit ist wichtiger denn je. Wir alle im Bayerischen Landtag können auf das Mitwirken an der derzeitigen Sicher-

heitsarchitektur stolz sein. Es gibt aber keine Angelegenheit, die nicht verbesserungsfähig wäre. In diesem Bereich sind wir auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Bayern könnten sich sicher fühlen, aber sie tun es nicht. Es lohnt sich, auf diese Diskrepanz hin und wieder hinzuweisen. Um zu erfahren, wie sicher die Menschen in Bayern leben, hilft uns die Statistik. Die Betroffenheit des Einzelnen hilft uns hier nicht weiter. Der Einzelne fühlt sich unsicher, wenn er negative Erfahrungen mit Kriminalität gemacht hat. Das ist aber lediglich eine Gefühlslage. Die CSU versucht immer wieder, sich selbst die Sicherheit Bayerns zuzuschreiben und zu behaupten, dass die anderen Parteien an dieser Sicherheitsarchitektur weniger oder nicht beteiligt gewesen seien. Hier möchte ich darauf hinweisen, wer in den letzten Jahrzehnten an der Regierung gewesen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU): Die CSU!)

– Herr Ländner, natürlich. Natürlich, das weiß ich auch!

Aber die Lage in Bayern war nicht immer so sicher, wie sie momentan ist. Die Polizeiausstattung war auch schon einmal eine Katastrophe. Als ich 2008 Gespräche mit den Polizeigewerkschaften geführt habe, kam die Reaktion: Unmöglich, wir schaffen das nicht mehr! Bei der Personalausstattung der Polizei können wir eigenartigerweise feststellen, dass sich diese seit 2008 kontinuierlich verbessert hat. Mit unserem derzeitigen Personalstand bei der Polizei können wir uns sehen lassen. Wir können auch die Anpassung des Renteneintrittsalters der Polizeibeamten bewältigen. Das wird noch auf uns zukommen. All das können wir bewältigen, weil wir kontinuierlich eingestellt haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie aber daran erinnern, dass wir selbst den Haushalt dieses Landtags schon einmal abgelehnt haben. Die Begründung war damals, dass zu wenig Polizeibeamte eingestellt wurden, weil unsere Anträge abgelehnt worden sind.

Meine Damen und Herren, trotzdem stehe ich dahinter. Trotzdem stehe ich hinter dem, was gesagt worden ist. In Bayern leben wir sicher. Aber der Bayerische Landtag ist dafür zuständig, das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. Wir arbeiten alle an der Sicherheitsarchitektur Bayerns mit. Ich glaube, dass wir das alle gut machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die Diskussion gibt mir Gelegenheit, denjenigen Danke zu sagen, die in der Sicherheitspolitik mitarbeiten. Das beginnt bei uns im Ausschuss und geht über die Führungskräfte der Polizei bis hin zum einzelnen Polizisten auf der Straße. In diesem Zusammenhang würde ich mir wünschen, dass das Gefühl für Sicherheit in der Bevölkerung auf dem Land noch stärker verankert würde, indem man in der Fläche noch ein bisschen mehr Polizeipräsenz anbietet. Daran wird Sicherheit zumindest in der Fläche gemessen. Da müsste noch etwas mehr getan werden.

Neben dem Dank an die Polizei für deren gute Arbeit sollten wir zu der Erkenntnis kommen, dass die Sicherheitslage heute einem ganz explosiven Gemisch ausgesetzt ist. Kollege Gantzer hat einiges aufgezeigt. Ich will es ebenfalls tun. Wir haben den islamistischen Terrorismus. Das ist ein Problem, bei dem wir nicht wissen, ob nicht im nächsten Augenblick eine Bombe explodiert. Immerhin leisten wir hier in Sachen Aufklärung gute Arbeit, und wir haben die Probleme bisher immer gut gemeistert.

Schauen wir aber einmal den Fall München an. Da ist die Prävention insgesamt zu kurz gekommen. Der Bursche fühlte sich gemobbt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Aber bei den Rechtsextremen!)

– Natürlich. Ich habe das ja nur als Beispiel genannt und komme noch zum Rechtsextremismus wie auch zum Linksextremismus. Insofern ist es tatsächlich die ganze breite Palette. Und vor diesem Hintergrund gehören Prävention und Aufklärung über Mobbing in die Schulen. Mobbing in den Schulen ist etwas, was wir in dieser Form nicht

akzeptieren können, Frau Schulze. Man muss es in den Griff bekommen. Das ist ganz wichtig.

Wir haben außer dem Rechtsextremismus auch eine gewaltbereite linke Szene. Und wir haben die Cyberkriminalität, die wir anfangs eventuell etwas unterschätzt haben. Dazu bedarf es Spezialisten, die besser sind als diese "Cybermenschen", die versuchen, das demokratische Gefüge zu zerstören. Hier müssen wir noch besser aufpassen, und es muss mehr getan werden.

In Deutschland leben zurzeit über 300.000 Menschen illegal. Teilweise kennen wir von ihnen nicht einmal die Personalien. Auch da muss endlich etwas mehr getan werden als bisher. Es muss schneller gehandelt werden, als es derzeit geschieht. Wir brauchen mehr Richter, die dafür sorgen, dass die Entscheidungen schneller getroffen werden, damit mehr Klarheit herrscht. In Deutschland darf niemand leben, von dem wir nicht wissen, dass er sich hier aufhält. Wir werden das zwar nicht gänzlich verhindern können, aber die jetzige Anzahl ist einfach zu groß.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Hanisch, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

**Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER):** Danke, Herr Präsident. – Ich komme zum Schluss. Es gab in Deutschland einen Attentäter, der über 14 Identitäten verfügte. Das war zwar nicht in Bayern der Fall, aber wir müssen dennoch aufpassen und auf unserem Sicherheitsweg weitergehen. Wir sind da auf einem guten Weg; Bayern ist sicher. Mit unseren Mitteln, die dafür bereitgestellt wurden, haben wir alle zu dieser Sicherheit beigetragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Kollegin Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne niemanden, der auf Sicherheit verzichten möchte, und ich kenne auch niemanden, der keine Freiheit will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beide Werte sind zentral für unser Land. Das Ziel ist es, eine vernünftige Balance von Freiheit und Sicherheit zu erreichen. Wenn ich mir dazu so manche Vorschläge aus den Reihen der CSU ansehe, komme ich zu der Prognose: Ihr Gleichgewichtssinn ist ziemlich gestört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen wir beispielsweise die Debatte diese Woche im Münchner Stadtrat. Da hat die Münchner CSU allen Ernstes einen kommunalen, bewaffneten Ordnungsdienst gefordert. Das bedeutet, Personal, das keine umfangreiche polizeiliche Ausbildung genossen hat, ist mit geladener Schusswaffe in unserer Stadt unterwegs. Das ist keine seriöse Sicherheitspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann sagte die CSU auch, man solle Angsträume melden, in denen man sich unsicher fühlt. Und das in der sichersten Großstadt! Ganz ehrlich, Herr Herrmann, Sie haben selber gesagt, Bayern sei das sicherste Bundesland. Die Münchner CSU aber tut so, als wären wir in den Favelas von Rio.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was mir Angst macht, sind nicht irgendwelche Räume in München, sondern solche Vorschläge, die von Männern kommen, die denken, dass Clint-Eastwood-Filme die Wirklichkeit sind. Und das alles nur zu Wahlkampfzwecken!

(Beifall bei den GRÜNEN)



Hören Sie also endlich auf, den Menschen Angst einzureden, wo es keinen Grund dafür gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wirksame Sicherheitspolitik geht anders. Wir GRÜNE möchten einen starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist. Wir wollen eine zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr durch eine starke und bürgernahe Polizei.

Wir GRÜNE denken Sicherheitspolitik noch weiter. Für uns gehören Prävention, Bildung und eine starke Zivilgesellschaft dazu.

Fangen wir mit der Polizei an. Zunächst möchte ich der Polizei herzlichen Dank für ihre gute Arbeit sagen. Wir wissen alle, wie massiv der Überstundenberg aufgelaufen ist. Wir brauchen also mehr Personal, wir müssen die Polizei personell und ressourcenmäßig besser ausstatten, und wir brauchen eine Aufgabenkritik; denn wir können unseren Polizistinnen und Polizisten nicht ständig neue Aufgaben aufbürden, sondern wir müssen sie auch von bestimmten Aufgaben entlasten, damit sie Zeit für die entscheidenden Tätigkeiten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Herrmann, nun unsere Polizistinnen und Polizisten zu Grenzkontrollen in einem vereinten Europa einsetzen,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das dient unserer Sicherheit!)

obwohl das Bundesaufgabe ist, frage ich mich schon, wie Sie das als oberster Dienstherr verantworten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen auch mehr Spezialistinnen und Spezialisten bei der Polizei, vor allem im Bereich Cyber. Ich finde eine Headline wie "Die besten Hacker sollten zur bayerischen Polizei kommen" besser, als ständig von irgendwelchen Angstträumen zu faseln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine virtuelle Polizeiwache, damit die Menschen in Bayern auch online Strafanzeige stellen können. Wir müssen den Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf die rechte Szene erhöhen; denn im Jahre 2016 sind 139 Menschen in Bayern Opfer rechter Gewalt geworden. Ein Mann mit rechtsextremer Einstellung hat neun Menschen bei dem schrecklichen Amoklauf in München getötet. Das ist nicht hinzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um den Terrorismus zu bekämpfen, müssen wir uns außerdem mit den Ursachen beschäftigen, unsere Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen intensivieren und Gefährder engmaschig überwachen. Darüber hinaus fordern wir GRÜNE schon lange, dass die länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands und auch innerhalb Europas endlich intensiviert wird.

Wir wissen alle, dass Terror, Wohnungseinbrüche und Internetkriminalität nicht an Landesgrenzen haltmachen. Deswegen müssen der Austausch und die Zusammenarbeit massiv und schnell ausgeweitet werden.

Ich finde, wir sollten anfangen, uns auch einmal prinzipiell über die Sicherheitsarchitektur zu unterhalten. Ich mag es nicht, dass von Ihrer Seite immer reflexartig das Argument kommt: Das haben wir schon immer so gemacht. Damit verschließen wir uns jeglicher Änderung. Wenn wir eine veränderte Gefahrenlage haben, muss man auf eine solche Entwicklung dynamisch reagieren.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Aber auch richtig!)

Nicht zu vergessen, wir müssen auch die Justiz miteinbeziehen. Wenn wir die Justiz nicht gut ausstatten, bildet sich an dieser Stelle ein Flaschenhals. Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich es aufgezeigt habe, schaffen wir Sicherheit. Nur so können die Menschen in Bayern sicher und frei leben. Genau dafür setzen wir GRÜNE uns ein.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Kollege Ländner von der CSU das Wort. Bitte sehr.

**Manfred Ländner (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Erfolg hat viele Väter. So scheint mir die bisherige Debatte auszusehen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Alle waren für die Sicherheitspolitik und die guten Zustände in Bayern verantwortlich, außer die CSU. So kann man einiges interpretieren, was hier vorgetragen wurde. Was mir Angst macht, liebe Frau Schulze, ist die Ignoranz, mit der in manchen Teilen unserer Politik mit den Ängsten der Menschen umgegangen wird. Das macht mir Angst. Ich meine, dass man mit Ideologie keine Sicherheitspolitik machen kann.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Sicherheitspolitik wird mit Fakten gemacht und mit Reaktionen des Staates, und wir sind auch als Sicherheitspolitiker verpflichtet, Dinge anzuerkennen, die sich auf uns zubewegen. Darüber hinaus sind wir auch der Wahrheit verpflichtet.

Herr Prof. Gantzer, Sie wissen, dass ich Sie schätze. Ich glaube aber nicht, dass irgendjemand in unserer Fraktion oder in der Politik allgemein Sie oder die SPD als vaterlandslose Gesellen bezeichnet. Darüber waren Sie doch so erregt. Aber was uns fehlt, ist manchmal die konsequente Umsetzung. Für uns heißt das: Datenschutz darf nicht Täterschutz werden. Diese Punkte sind für uns elementar. Deshalb bringt unser

Justizminister in Berlin diese Punkte immer wieder vor. Sie haben vorhin unseren bayerischen Justizminister angesprochen. Die Initiativen zur Strafprozessordnung und auf vielen anderen Feldern, die in den letzten Monaten angestoßen wurden, sind von unserem Justizminister, sind von Bayern ausgegangen.

Zur Wahrheit gehört auch: Unter der Regierung Stoiber wurden keine Polizeibeamten abgebaut. Das ist Fakt. Es gab eine Verordnung zum Abbau von Stellen, in der aber die Polizei ausgenommen wurde. Seit 2008 haben wir kontinuierlich Polizeibeamte eingestellt. Damals lagen schon die Pensionierungszahlen für 2017, 2018 und 2019 vor. Herr Kollege Hanisch hat gesagt, im Jahr 2008 seien die FREIEN WÄHLER in den Landtag gekommen. Dazu kann ich nur sagen: Auch Manfred Ländner, Oliver Jörg und Dr. Winfried Bausback sind im Jahr 2008 in den Landtag gekommen. Suchen Sie sich einen aus, der dafür verantwortlich war, dass seitens der Staatsregierung ganz klare Schwerpunkte gesetzt wurden.

Sie mahnen mehr Polizei an. Dazu sage ich: Ja, mehr Polizei, aber im Vergleich zu anderen Bundesländern. Herr Kollege Lederer hat mir gerade eine Statistik gereicht. Bayern hat, verglichen mit allen anderen Flächenländern der alten Bundesländer, die höchste Polizeidichte. Auf 100.000 Einwohner kommen in Bayern 326 Polizeikräfte. In Baden-Württemberg sind es 225, in Niedersachsen 231 und in Nordrhein-Westfalen 228. Wie gesagt, in Bayern sind es 326.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das sind gefakte Zahlen! Das stimmt nicht!)

– Die Zahlen sind nicht gefakt, nur weil sie Ihnen nicht gefallen. – In Bayern verdient ein Polizeibeamter, verglichen mit Polizeibeamten der gleichen Gehaltsstufe A 11 in anderen Bundesländern, bis zu 300 oder 400 Euro mehr, weil in Bayern dank unseres Finanzministers die bundesweiten Tariferhöhungen eins zu eins auf die Beamten übertragen werden. In anderen Bundesländern ist dies nicht unbedingt der Fall. Wenn wir die Überstundenzahl von zwei Millionen durch 40.000 Polizeibeamte teilen, kommen nicht 80 Stunden pro Mann heraus, sondern nach Adam Riese 50 Überstunden pro

Mann. Deshalb ist es nicht ganz so, wie Sie das unter dem Beifall Ihrer Fraktion dargestellt haben.

Wir leben in Bayern sicherlich nicht im Paradies. Auch unser Ministerpräsident spricht nur von der Vorstufe des Paradieses. Beim Vergleich mit allen anderen Bundesländern darf ich aber konstatieren, dass unsere Polizei zwar genauso hervorragend arbeitet wie die Polizeien der anderen Bundesländer, dass sie es aber bei der Ausstattung, der Besoldung, der Stärke und den Beförderungsmöglichkeiten um Längen besser hat als die Polizeien in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Nun zum Thema "angemessen reagieren": Cybercrime. Wir haben in Bayern zum 1. März 2017 bei allen KPIs, mit wenigen Ausnahmen, Cybercrime-Kommissariate eingerichtet. Die dafür notwendigen 71 Stellen sind on top dazugekommen. Jedes Cybercrime-Kommissariat kann derzeit mit fünf Sollstellen besetzt werden. Das ist meiner Meinung nach eine angemessene Reaktion. Wir werden weiterarbeiten. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der anderen Feldpostnummern in diesem Hohen Haus, wenn Sie hier mitarbeiten wollen, ist das wunderbar.

Ich wiederhole meinen Eingangssatz: Der Erfolg hat viele Väter. Wir sollten aber die innere Sicherheit nicht nach dem Pippi-Langstrumpf-Prinzip aufbauen: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt. Nehmen wir die Fakten zur Kenntnis. Fakt ist, Bayern ist das sicherste Bundesland.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

**Manfred Ländner (CSU):** Unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geht es besser als den Polizeibeamten in anderen Bundesländern. Für deren Arbeit und für die politische Unterstützung unserer Polizei, egal aus welcher politischen Richtung, ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön. – Als Nächster hat Herr Kollege Dünkel von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Norbert Dünkel (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute in der Aktuellen Stunde über das Thema innere Sicherheit. Die innere Sicherheit hat nicht nur etwas mit der bayerischen Polizei zu tun, auch wenn nach den letzten Redebeiträgen dieser Eindruck entstanden sein mag, sondern mit allen Kräften, die für die Sicherheit in unserem Land arbeiten und die an der Rettungskette beteiligt sind. Deshalb gehört es sich, auch jene in den Mittelpunkt zu stellen, die in unseren Feuerwehren, den Rettungsorganisationen, den Hilfsdiensten und im Katastrophenschutz einzigartige Dienste leisten und elementare Glieder unserer Rettungskette sind.

Die CSU-Landtagsfraktion dankt deshalb im Rahmen dieser Aktuellen Stunde auch allen Frauen und Männern, die im Dienst am Menschen immer zur Stelle sind, wenn es bei uns brenzlich wird. Sie sind Helfer in der Not bei Bränden, bei Attentaten, im Objektschutz und bei Katastrophen. Das ehrenamtliche Engagement der Feuerwehren, des Roten Kreuzes, des ASB, der Sanitätsdienste, des Technischen Hilfswerks und deren professionelles Zusammenwirken mit unserer Polizei sind beispiellos.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Daher freut es mich sehr, dass wir gestern im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes sowie den Änderungsantrag der CSU-Landtagsfraktion zur Sicherung von Einsatzstellen und Veranstaltungen einstimmig beschlossen haben. Der Bayerische Landtag reagiert damit auf die Herausforderungen der Zeit und kommt vielen Anliegen der Feuerwehren und Gemeinden entgegen. Überdies stärkt er damit das Ehrenamt.

Mit der Anhebung der Altersgrenze von 63 auf 65 Jahre und der Möglichkeit, Kindergruppen für Minderjährige ab dem vollendeten sechsten Lebensjahr als Teil der Feuerwehr einzurichten, erweitern wir den rechtlichen Rahmen, um nur zwei der Punkte eines ganzen Straußes von Regelungen zu nennen, die gestern vom Ausschuss einstimmig gebilligt worden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Unterstützung unserer Rettungsdienste wurde im März 2017 die Freistellung der Helfer im Rettungsdienst auf den Weg gebracht. Diese Maßnahme wurde von der CSU-Fraktion gemeinsam mit der Staatsregierung initiiert. Die jetzt gefundenen Lösungen sichern die bestehende Leistungsfähigkeit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Bayern und gewährleisten die unerlässliche Mitwirkung ehrenamtlicher Kräfte auch während ihrer regelmäßigen Arbeitszeit. Das ist ein Erfolgsmodell aus Hauptamt und Ehrenamt, mit dem die Menschen in Bayern sicher und ruhig leben können, bei Tag und bei Nacht.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Reichhart von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Hans Reichhart (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Prof. Gantzer hat in seiner Rede den Satz des ehemaligen Bundesinnenministers zitiert: Sicherheit ist ein Grundrecht. – Ich glaube, wir alle stehen hinter diesem Satz. Wir alle können uns dahinter vereinen. Wegen dieses Grundrechts haben wir aber auch eine Verpflichtung, nämlich, alles für die Sicherheit zu tun, um sie in Bayern zu gewährleisten. Dieses Gewährleisten, das wünsche ich mir auch von Ihren Kollegen in Berlin, Herr Prof. Gantzer. Was der Bundesjustizminister nämlich manchmal vorlegt, was er vertritt, das ist keine Sicherheitsarchitektur, sondern eine Verhinderungsarchitektur nach dem Motto: Wie kann ich Sicherheit in Deutschland verhindern? So, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir aber nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es darum geht, Straftaten gegen Polizeibeamte stärker zu bestrafen, wenn es darum geht, hier effektiver vorzugehen, dann greift die CSU an. Wir sind es, die die Initiative leisten. Wir müssen uns durchsetzen. Wir müssen uns immer wieder gegen die SPD-Kollegen in Berlin durchsetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier Wein predigen, aber in Berlin Wasser liefern, so kann das nicht gehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): So ein Quatsch!)

Wir, die CSU, müssen deshalb den starken Anker setzen. Deshalb sind wir die Partei der inneren Sicherheit. Wir stehen dafür ein, und wir reden nicht nur, sondern wir stehen wirklich hinter unseren Polizeibeamten. Wir tun alles dafür, dass diese sicher sind.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Totaler Nonsens!)

Liebe Kollegen, Gleiches gilt für das Verhalten in Bayern. Wir wissen, mit Ihnen, Herr Prof. Gantzer, haben wir einen Partner in der Sicherheitspolitik. Ich glaube, wir können mit Stolz sagen: Wir wünschen uns in der SPD mehr Gantzer und weniger Maas.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Dann kommen wir weiter, dann leisten wir effektive Sicherheit. Dann können wir wirklich sagen: Ja, in Bayern lässt es sich gut leben.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Na, na! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Und wir wünschen uns, dass ihr endlich Stellen besetzt!)

Liebe Kollegen, bei der Sicherheit geht es nicht nur darum, dass wir sagen, wir schützen unsere Polizeibeamten.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir haben 30 % zu wenig!)

Unsere Polizeibeamten leisten ihren Beitrag dazu; sie verteidigen unser Grundgesetz, unseren Rechtsstaat. Es geht doch auch darum: Wenn wir über die Polizei reden,



dann müssen wir den Polizeibeamten auch die effektiven Mittel an die Hand geben. Aber immer dann, wenn es darum geht, effektive Mittel an die Hand zu geben, bremst die SPD.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So ein Quatsch!)

Das fängt in Berlin an, bei der Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstahl. Es gab eine Einigung. Der damalige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat vereinbart: Wir führen eine Mindeststrafe von einem Jahr ein. Was aber äußert der Verhinderungsminister Maas? – Bedenken. Das Verfassungsschutzgesetz auf Bundesebene soll geändert werden; wir wollen eine effektivere Maßnahme. Was äußert dann der Verhinderungsminister Maas? – Bedenken.

Liebe Kollegen, wenn wir so weitermachen, dann kommen wir nicht weiter. Wenn wir so weitermachen, dann gefährden wir die innere Sicherheit in Deutschland. Das kann aber nicht unser Anspruch sein. Wir, die CSU, werden deshalb bei der Bundestagswahl dafür kämpfen. Wir sagen: Sicherheit hat oberste Priorität. Die Sicherheit ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen. Dafür werden wir erfolgreich in den Wahlkampf ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, Gleiches gilt für die GRÜNEN. Frau Kollegin Schulze hat sich eben dafür ausgesprochen, dass wir eine effektive Gefahrenabwehr brauchen. Wir brauchen eine starke Polizei. – Ja, liebe Kollegen, das brauchen wir, das ist wichtig. Dann versteckt euch aber nicht hinter leeren Phrasen. Denn immer dann, wenn es darum geht, Farbe zu bekennen und zu sagen, ja, ich leiste meinen Beitrag dazu, dann seid ihr dagegen.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Wenn über Grenzkontrollen Sicherheit gewährleistet werden soll, dann sind die GRÜNEN dagegen. Wenn im Polizeiaufgabengesetz den Polizeibeamten Möglichkeiten gegeben werden sollen, um die Sicherheit in Bayern effektiver zu machen, dann sind die GRÜNEN dagegen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ja, aber aus gutem Grund!)

Wenn unserem Verfassungsschutz mehr Möglichkeiten eröffnet werden sollen, vorausschauend zu handeln, dann sind wir dafür, die GRÜNEN aber dagegen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Weil wir Besseres vorgeschlagen haben!)

Liebe Kollegen von den GRÜNEN, was von euch kommt, das ist vielfach Heuchelei. Einerseits redet ihr für eine starke Polizei, andererseits tut ihr aber alles dafür, dass unsere Polizei nicht die Maßnahmen treffen kann, die sie treffen muss. So geht das nicht, und wir lassen uns die Politik in Bayern auch nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, wir alle sind stolz darauf, in Bayern zu leben. Wir sind stolz darauf, dass wir hier einen tollen Justizminister haben, der sich hinter die Justiz stellt. Einen Justizminister, der sagt: Ja, ich kämpfe dafür, dass meine Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ihre Arbeit leisten können. Einen Justizminister, der sie aber auch arbeiten lässt, ohne sich in ihre Arbeit einzumischen, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist, wenn es den Justizministern gerade nicht passt. Der Bundesinnenminister, ich meine, der Bundesjustizminister

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja, genau, der Bundesinnenminister! Und wo ist der her?)

liefert das beste Beispiel dafür, was passiert, wenn man sich in Ermittlungen einmischt. – Der alte Generalbundesanwalt könnte ein Lied davon singen, was passiert, wenn eine Weisung aus dem Bundesjustizministerium kommt. Liebe Kollegen, so ver-

stehen wir Justizarbeit nicht. Wir verstehen die Justizarbeit als eine Arbeit, die die Justiz mit Mitteln ausstattet, mit Personen, und die vor allem politische Rückendeckung gibt, damit das, was die Justiz macht, richtig und gut ist. Dafür stehen wir, die CSU. Dafür werden wir kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, last but not least beruht die ganze Polizeiarbeit in Bayern darauf, dass wir im Ministerium eine politische Spitze haben, die hinter der Polizei steht. Sie stellt keine Strafanzeigen gegen Polizeibeamte, sie schimpft nicht öffentlich über Polizeibeamte, sondern sie stärkt der Polizei den Rücken. Sie steht hinter ihr und sagt: Wir sind stolz auf das, was unsere Polizeibeamten leisten. Wir sind dankbar, dass sie für uns den Kopf hinhalten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, hier müssen wir unserem Innenminister danken. Er macht das in einer hervorragenden Art und Weise. Er hält seinen Kopf für die Polizei hin. Ich glaube, mit Joachim Herrmann, das können wir sagen, lässt es sich in Bayern gut leben; hier lässt es sich sicher leben. Darauf sind wir stolz, und dafür stehen wir als CSU.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo, bravo! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Lauter leere Phrasen!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass dieser Plenartag mit dieser wichtigen Debatte über die innere Sicherheit eröffnet worden ist. Ich denke, seitens der Mehrheitsfraktion konnten wir ein deutliches Bekenntnis zur Bedeutung der inneren Sicherheit in unserem Land erleben. Ich habe mich aber auch über viele andere Wortbeiträge ge-

freut. Am wichtigsten schien mir die Bemerkung von Herrn Kollegen Hanisch, dessen Ausführungen in der zentralen Aussage zusammenzufassen sind: Auch in Bayern war es früher einmal schlechter als heute. Ich denke, dem kann man sich durchaus anschließen. Die Umkehrung ist nämlich in jedem Fall richtig: Noch nie war es um die innere Sicherheit in unserem Land hinsichtlich dessen, was der Staat tun kann, so gut bestellt wie heute. Deshalb kann ich Herrn Kollegen Hanisch nur zustimmen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel ist es in der Tat, das Risiko der Menschen, Opfer von Gewalt, von Kriminalität zu werden, so niedrig wie möglich zu halten. Auch wir können nicht die hundertprozentige Sicherheit versprechen. Das kann niemand auf der Welt. Leider gehört es zur Menschheitsgeschichte dazu, dass Kriminelle Verbrechen verüben. Dieses Risiko aber so niedrig wie möglich zu halten und das Menschenmögliche dafür zu tun, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes so sicher wie irgend möglich leben, das ist unser Bestreben. Da sind wir in der Tat erfolgreich, erfolgreicher als andere.

Im vergangenen Jahr lag die Häufigkeitsziffer der Straftaten je 100.000 Einwohner in Bayern bei 4.785 und in Nordrhein-Westfalen bei 8.097. Das ist durchaus ein gravierender Unterschied. Lieber Herr Kollege Gantzer, ich bin sehr dafür, dass wir Flächenländer mit Flächenländern vergleichen und Großstädte mit Großstädten. Es ist aber in der Tat schon schlimm – und das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch gemerkt –, dass es in NRW so eine hohe Kriminalität gibt, ohne zwingenden logischen Grund. Die Rate dort ist fast doppelt so hoch wie in Bayern. Dafür gibt es keinen zwingenden Grund. Das hat schon etwas mit der Politik, den politischen Weichenstellungen, der Ausstattung der Polizei, der Motivation und vielen anderen Dingen zu tun, die gerade zu Recht angesprochen worden sind. Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen haben der bisherigen rot-grünen Sicherheitspolitik am vergangenen Sonntag deshalb eine klare Absage erteilt. Sie haben das aus gutem Grund getan, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ja, lieber Herr Kollege Gantzer, vergleichen wir doch gerne einmal Großstädte mit Großstädten. Dann stellt man fest, dass unter allen Großstädten in Deutschland mit mehr als 200.000 Einwohnern – das sind nach der aktuellen Statistik 39 – die Millionenstadt München im vergangenen Jahr wieder die sicherste gewesen ist. München ist die sicherste aller Großstädte in Deutschland mit mehr als 200.000 Einwohnern. Sie verzeichnete 6.696 Straftaten je 100.000 Einwohner. Jetzt schauen wir uns einmal die vier Millionenstädte in Deutschland an: München, Hamburg, Köln und Berlin. In München waren es also 6.696 Straftaten je 100.000 Einwohner, in Hamburg waren es 12.977, in Köln 13.123 und in Berlin 15.700.

Die Menschen in den Millionenstädten wissen es: Weltweit ist es ein kriminologisches Phänomen, dass die Kriminalität in einer Großstadt, einer Millionenstadt, höher ist als im ländlichen Raum. Dass die Kriminalität in Köln oder in Berlin aber doppelt so hoch ist wie in München, kann nicht daran liegen, dass die Kölner oder die Berliner von Geburt an kriminell sind. Das wird niemand ernsthaft behaupten. Das hat vielmehr mit den Rahmenbedingungen zu tun, bei denen zweifellos Kommunalpolitik und Landespolitik ineinandergreifen. Ich war mir über Jahre hinweg mit Christian Ude einig, und jetzt bin ich mir auch mit dem Kollegen Reiter darin einig: Es ist eine gemeinsame Leistung von Stadt und Staat, dass München die sicherste Millionenstadt Deutschlands, wahrscheinlich sogar Europas ist. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Darüber werden wir in den nächsten Monaten auch reden. Es ist kein Naturgesetz, dass es in Hamburg oder Berlin so viel schlimmer ist als hier. Für die politischen Kräfte in unserem Land ist es eine gemeinsame Herausforderung, dass es auch in anderen Teilen Deutschlands sicherer wird. Mehr Sicherheit ist auch in anderen Teilen Deutschlands möglich. Dafür werden wir arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Ländner hat gerade die Polizeidichte angesprochen. Dazu schauen wir uns gerne noch einmal die Statistiken an, lieber Kollege Gantzer. Ich komme auf Nordrhein-Westfalen zurück. Dort hat die bisherige Landesregierung bei der Kriminalitätslage immer wieder darauf hingewiesen, dass Nordrhein-Westfalen anders als Bayern insgesamt ein riesiger Ballungsraum sei. In der Tat hat Nordrhein-Westfalen eine höhere Bevölkerungsdichte. Deshalb ist es nicht völlig von der Hand zu weisen, dass in einem Raum mit einer höheren Bevölkerungsdichte, zum Beispiel im Ruhrgebiet, das Kriminalitätsrisiko deutlich höher ist. Das ist gar keine Frage. Ich sage das ganz bewusst, lieber Herr Kollege Gantzer, weil Sie sich immer um einen sachlichen Verlauf von Debatten bemühen. Wir können uns gern auf diese Debatte einlassen. Auch in Bayern ist die Kriminalitätsrate in München höher als im Bayerischen Wald. Das führt aber logischerweise dazu, dass wir in München eine höhere Polizeidichte haben; denn das Kriminalitätsgeschehen je 100.000 Einwohner ist in München höher als in Niederbayern. Deshalb haben wir in München auch mehr Polizeibeamte je 100.000 Einwohner als in Niederbayern. Wir folgen dem Kriminalitätsgeschehen.

Der springende Punkt ist folgender, lieber Prof. Gantzer. Die Argumentation der bisherigen nordrhein-westfälischen Landesregierung hat durchaus einige Aspekte, die nicht völlig von der Hand zu weisen sind. Wenn man damit argumentiert, dass Nordrhein-Westfalen insgesamt ein größerer Ballungsraum als Bayern ist, müsste die logische Folge sein, dass Nordrhein-Westfalen eine höhere Polizeidichte hat als Bayern. Wie der Kollege Ländner ausgeführt hat, hat Nordrhein-Westfalen aber eine viel geringere Polizeidichte als Bayern. Das war die Krux der bisherigen Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen. Dem müssen wir ein Ende setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, dass das Stichwort Wohnungseinbruchdiebstahl genannt worden ist. Auch da können wir zeigen, dass in Köln das Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchdiebstahls zu werden, im vergangenen Jahr viermal so hoch war wie in München. Wir brauchen auch zur Bekämpfung der

Wohnungseinbrüche starke Polizeikräfte, aber wir müssen dagegen auch mit der Gesetzgebung vorgehen. Deshalb bin ich dafür dankbar, dass wir uns jetzt in Berlin endlich einigen konnten. Zuvor gab es aber zwei Jahre lang Widerstand von der SPD, nicht von Ihnen, Herr Prof. Gantzer, aber von den SPD-Innenministern in anderen Ländern und vom Herrn SPD-Bundesjustizminister. Schon vor zwei Jahren haben wir gesagt, dass wir höhere Strafen für den Wohnungseinbruchdiebstahl brauchen. Sicher ist es schlimm, wenn nachts in eine Tankstelle oder in ein Büro eingebrochen wird. Die emotionale Betroffenheit unserer Mitbürger ist aber höher, wenn jemand in deren Wohnzimmer, Schlafzimmer oder Küche einbricht. Deshalb muss der Wohnungseinbruch härter bestraft werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Machen wir doch!)

Zwei Jahre lang wurde dies von den SPD-Innenministern und vom SPD-Bundesjustizminister hartnäckig verweigert. Wir haben jetzt in der Koalition in Berlin höhere Strafen durchgesetzt, und ich bin dankbar dafür, dass wir das erreichen konnten; denn auf Wohnungseinbruch muss eine härtere Strafe stehen. Wir müssen auch die Funkzellenabfrage als ein Ermittlungsinstrument ermöglichen; denn wir müssen beim Wohnungseinbruch vor allem auch die Aufklärungsquote deutlich erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Bayern gut aufgestellt sind, zeigen die Zahlen. Trotz der hohen Einsatzbelastung für unsere Polizistinnen und Polizisten, die oft weit über das normale Maß hinausgeht, trotz der andauernden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, trotz aller dieser Herausforderungen haben wir auch im vergangenen Jahr unser hohes Sicherheitsniveau gehalten. Das ist nicht selbstverständlich. Dazu hat auch die hohe Zahl von Überstunden, die unsere Polizeibeamten geleistet haben, beigetragen. Ich bin dankbar dafür, dass unsere Polizisten den Griffel nicht hingeschmissen, sondern mit einem hohen Berufsethos ihre Arbeit verrichtet

haben. Wir schaffen jetzt so viele zusätzliche Stellen für die Polizei wie kein anderes Bundesland.

Abschließend kann ich nur noch einmal sagen: Wir sind unserer bayerischen Polizei überaus dankbar für deren großartige Einsatzbereitschaft und für deren Leistungen rund um die Uhr. Vielen Dank unserer Polizei! Aufgrund deren Leistung werden wir auch in Zukunft sicherer leben können als anderswo.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.